

Fraktion im Rat der Stadt Verden

Rasmus Grobe - Fraktionsvorsitzender
Am Oker 1, 27283 Verden
Tel. 0163 – 3792937
r.grobe@gruene-verden.de

Stadt Verden
Herrn Bürgermeister Brockmann

Große Str. 40
27283 Verden

Verden, 10.06.2019

Antrag: Klimanotstand

Im Namen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stelle ich folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Verden möge beschließen

- 1) Die Stadt Verden unterstützt die Resolution zur Ausrufung des „Klimanotstands“ (Anlage 1).
- 2) Die Stadt Verden begrüßt die Aktivitäten und Forderungen der Jugendlichen von „Fridays for Future“ (Anlage 2).
- 3) Das Integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Verden wird bezüglich der Ziele den Notwendigkeiten des Pariser Klimaabkommens (1,5-Grad-Ziel) angepasst. Angestrebt werden sollte das Erreichen von Klimaneutralität für die Stadt Verden bereits im Jahr 2030.
- 4) Der Maßnahmenkatalog wird für einen kurzen Abstimmungsprozess noch einmal geöffnet. Dabei sollen einerseits die Forderungen von Fridays for Future Eingang in den Maßnahmenkatalog finden, andererseits soll Gelegenheit gegeben werden, neue Vorschläge aus den Fraktionen einzubinden, die in der Zwischenzeit aufgrund der Aktualität der Klimadebatte entwickelt wurden. Dieser Prozess sollte bis August 2019 abgeschlossen sein.
- 5) Auf dieser Basis wird das integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Verden bezüglich der Wirksamkeit neu priorisiert und mit einem verbindlichen Zeitplan hinterlegt. Dabei werden mindestens drei besonders wirksame Maßnahmen benannt, mit deren Umsetzung sofort begonnen wird.
- 6) Über den Fortschritt bei der Erreichung der Klimaschutzziele und der hierfür ergriffenen Maßnahmen wird halbjährlich Bericht erstattet.
- 7) Neue Beschlüsse – insbesondere zu investiven Maßnahmen – werden unter Klimavorbehalt gestellt. Die Klimafolgen sind dabei jeweils darzustellen. Es ist grundsätzlich die klimafreundlichste Maßnahme zu wählen.
- 8) Im Haushalt für das Jahr 2020 sowie für die Folgejahre, werden jeweils mindestens 500.000,- € für Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzkonzepts eingeplant. Zusätzlich sind Fördermittel einzuwerben.

Begründung

Trotz weltweiter Bemühungen über Jahrzehnte, den Ausstoß von Klimagasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration Jahr um Jahr zu. Viele der Maßnahmen, der Klimakrise entgegen zu wirken, haben bisher wenig Erfolg gezeigt. Die Wissenschaft prognostiziert verheerende Folgen für die menschliche Zivilisation und die Natur auf dem Planeten Erde, sollte die Begrenzung der Erderhitzung nicht gelingen.

Es ist dringend erforderlich, jetzt auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten und konsequenten Maßnahmen zu greifen, um die Katastrophe noch aufzuhalten. Weltweit haben Kommunen wie Los Angeles, Vancouver, London, Basel, Konstanz, Kiel oder Münster den Klimanotstand ausgerufen und damit ein Signal gesetzt: Es ist Zeit zu handeln!

Der Rat der Stadt Verden hat am 21.08.2018 das Integrierte Klimaschutzkonzept (IKK) für die Stadt Verden beschlossen. Enthalten sind eine Reihe von Maßnahmen, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollen. Das Konzept war die Voraussetzung für die Förderung eines Klimaschutzmanagers, der nun zum 1.6.2019 seine Arbeit aufgenommen hat.

Nicht zuletzt die Proteste der Jugendlichen von Fridays for Future haben in den letzten Wochen und Monaten deutlich gemacht, wie dringend und ernst die Lage ist. Die formulierten Ziele im IKK sollten vor diesem Hintergrund unbedingt noch einmal überprüft werden – Maßgabe sollten dabei das 1,5-Grad-Ziel und ein schneller Dekarbonisierungspfad sein.

Bei der partizipativen Erstellung des Konzepts war die geringe Beteiligung von Jugendlichen bedauert worden. Mit den Forderungen von Fridays for Future Verden haben Jugendliche nun ihre Forderungen vorgelegt. Es ist legitim, die Stimmen derjenigen, die von der Klimakrise hauptbetroffen sind, besonderes Gewicht zu geben. Daher sollten die Forderungen Eingang in eine überarbeitete Fassung des IKK finden. Zusätzlich sollte die Chance genutzt werden, neue wirksame Vorschläge aufzugreifen, die aufgrund der Aktualität der Klimadebatte von den Fraktionen gemacht werden. Dies sollte zeitnah – direkt nach der Sommerpause – geschehen. Sodann sollte das IKK mit an Effektivität und Effizienz orientierten Prioritäten und einer stringenten Zeitschiene versehen werden, die halbjährlich überprüft wird.

Derzeit werden bei Beschlüssen des Stadtrates und seiner Gremien regelmäßig nur die finanziellen Auswirkungen betrachtet und der Einhaltung des Handlungskonzepts zum längerfristigen Haushaltsausgleich besondere Beachtung geschenkt. Diese Betrachtung soll durch eine standardmäßige Betrachtung der Klimaauswirkungen ergänzt werden. Zugrunde gelegt werden könnte dabei die neue Verfahrensweise der Stadt Konstanz. Dort heißt es im entsprechenden Beschluss: *„...berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen, und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab Juni 2019 das Kästchen „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzbeauftragten in der Begründung dargestellt werden.“*

Für die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen sind zweifelsohne Finanzmittel nötig – diese sollten angesichts der Priorität dieser Maßnahmen in hinreichendem Ausmaß eingestellt werden. Der genannte Betrag ist zunächst eine gegriffene Zahl und müsste bei fortgeschrittener Maßnahmenplanung entsprechend konkretisiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Rasmus Grobe
im Namen der Fraktion



Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands («Klimanotstand»)[1]

Der Mensch hat bereits einen Klimawandel mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1 Grad Celsius gestiegen, weil die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre von 280 ppm auf über 400 ppm angestiegen ist. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren.

Bereits 1,5 °C Erderwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. Auch in Verden wird die Klimakrise zu spüren sein, so werden zum Beispiel Landwirtschaft und Stadtklima von den Folgen direkt betroffen sein.

Die Klimakrise ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Er ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Tierschutz- und Friedensproblem.

Es kann und soll nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Es braucht jetzt auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Maßnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen nicht aus, um die Erwärmung auf die angestrebten 1,5°C zu begrenzen. Deshalb ist es jetzt wichtiger denn je, schnell zu handeln!

Die Stadt Verden erklärt den Klimanotstand und anerkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität:

Die Stadt Verden wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und, wenn immer möglich, jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.

Die Stadt Verden orientiert sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), insbesondere im Bezug auf Anstrengungen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen zur Einhaltung des 1,5 °C - Ziels.

Die Stadt Verden fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und dass das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland spätestens bis 2050 vollständig erreicht wird.

Die Stadt Verden fordert, dass die Bundesregierung und die niedersächsische Landesregierung umfassend über die Klimakrise, seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen die Klimakrise ergriffen werden, informieren.

[1] Die Begriffe «Climate Emergency» resp. «Klimanotstand» sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.

Forderungen Fridays for Future Verden

Unsere Forderungen an die Stadt und den Landkreis Verden

Um die Klimakrise noch aufzuhalten, fordert Fridays for Future Deutschland die Klimaneutralität Deutschlands und 100%

erneuerbare Energieversorgung bis 2035, sowie den Kohleausstieg bis 2030. Bis Ende des Jahres soll bereits ein Viertel der Kohlekraftwerke abgeschaltet, sowie die Subventionierung von fossilen Energieträgern beendet und eine CO₂-Steuer auf Treibhausgase eingeführt werden.

Doch nicht nur auf Bundesebene muss ein Umdenken stattfinden, sondern auch lokal hier in Verden. Darum sollte die Maxime unserer Politik sein: Klimaneutralität bis 2030!

Um das zu schaffen, stellen wir - Fridays for Future Verden - diese Forderungen an die Verdener Politiker*innen:

Bauen:

1. Neugebaute Gebäude müssen klimaneutral oder klimapositiv sein, dazu zählt die effektive Energie- und Ressourceneinsparung, die Nutzung erneuerbarer Energien, der Einbau intelligenter Heizsysteme, eine effiziente Isolierung, die Beleuchtung mit LED und eine Dachbegrünungspflicht. Alle anderen Gebäude müssen bis 2030 entsprechend saniert und modernisiert werden. Gleichzeitig müssen die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um sicherzustellen, dass die Sanierung nicht effektiv von den Mietern mitgezahlt werden. Hierfür müssen Stadt und Landkreis massive Anreize schaffen.
2. Bei Neubauten sollen autofreie Quartiere Priorität bekommen. Dazu gehört auch die bessere Ausstattung mit Fahrradparkmöglichkeiten im gesamten Landkreis, insbesondere im öffentlichen Raum und in Gebieten mit vielen Mietwohnungen.
3. Das Verbot von Kies- und Steingärten muss stärker kontrolliert werden.
4. Bis 2022 sollen in der Fußgängerzone 30 neue standortheimische Bäume gepflanzt werden. In der Innenstadt müssen Anreize für Hausbegrünungen geschaffen werden.
5. Bis 2020 sollen 1/5 der Parkplätze abgebaut werden. Diese sollen in Fahrradwege, Grünflächen oder Fahrradparkplätze umgewandelt werden.
6. Es darf keine weitere Versiegelung von Flächen stattfinden. Ausgenommen sind Maßnahmen zum Ausbau des Radverkehrs.
Findet dennoch Versiegelung statt, muss über das gesetzliche Maß hinaus Ausgleich geschaffen werden (z.B. durch Wiederaufforstung).

Energiegewinnung:

1. Verden soll weitere Investitionen in Windparks und Solaranlagen tätigen. Es werden zusätzliche Anreize für private und gewerbliche Gebäudebesitzer in erneuerbare Energien zu investieren geschaffen. Hierfür findet auch direkte Ansprache und Beratung statt. Flachdächer sind grundsätzlich mit Solaranlagen auszustatten und möglichst auch zusätzlich zu begrünen.
2. Der Strommix der Stadtwerke soll bis 2030 zu 100% aus erneuerbaren Quellen stammen.

Verkehr:

1. Die Verdener Innenstadt soll bis 2025 autofrei werden. Für Handel und Dienstleistungen werden attraktive Mobilitätslösungen entwickelt, die dennoch eine gute Erreichbarkeit ermöglichen.

2. Dauelsen und Kirchlinteln sollen Bahnstationen bekommen.
3. Schüler*innen und Auszubildene müssen von hohen Ticketkosten für den ÖPNV entlastet werden. Hier wäre die Schaffung eines Jahrestickets (365-Euro-Ticket) sinnvoll. Bis 2025 soll die Schaffung eines Bürger*innen-Tickets für den gesamten VBN-Bereich angestrebt werden (siehe "einfach-einsteigen"-Konzept: umlagefinanzierter, fahrscheinloser Nahverkehr, bei gleichzeitigem ÖPNV-Ausbau). Zudem sollen Senioren die Möglichkeit erhalten, ihren Führerschein abzugeben und dafür kostenlos den ÖPNV zu nutzen.
4. Die Verbindungen des ÖPNVs müssen weiter ausgebaut werden. Dies betrifft besonders das Wochenende und die Nacht, da dies die Beförderungen zu Kulturereignissen deutlich erleichtern würde, wodurch die Attraktivität des ÖPNVs gesteigert würde.
5. Die Radwege in Verden müssen verbreitert und zweispurige Radwege geschaffen werden. Bis 2025 soll durch eine Steigerung der Investitionen der Radverkehr deutlich ausgebaut werden.
6. Es müssen vor allem an Verkehrsknotenpunkten Ampeln mit getrennter Schaltung geschaffen werden. Dies vermindert die Unfallgefahr.
7. Arbeitgeber müssen dazu verpflichtet werden, Fahrradständer zu installieren, sowie Jobtickets und Jobbikes anzubieten.
8. Es sollen bis 2025 weitere Fahrradschnellstraßen geschaffen werden u.A. zur BBS in Daulsen. Dadurch kann auch das Straßennetz entlastet werden.
9. Generell müssen das Fahrrad und der ÖPNV gegenüber dem Auto bei der Stadtplanung bevorzugt werden.

Ernährung:

1. Es muss generell stärker gegen Lebensmittelverschwendung vorgegangen werden.
2. Saisonale, regionale und pflanzliche Ernährung muss in Gemeinschaftseinrichtungen stärker gefördert werden. Dies kann beispielsweise durch die Schaffung eines verpflichtenden vegetarischen Tags geschehen wie es ihn schon am Gymnasium am Wall gibt.

Landwirtschaft:

Die Einbringung von Düngemitteln ist massiv zu reduzieren und ökologische Landwirtschaft zu fördern.

Städtische Beteiligungen und Finanzen

1. Die Stadtwerke Verden werden verpflichtet sich zeitnah von der Beteiligung am Kohlekraftwerk Lünen zu trennen.
2. Städtische Finanzanlagen werden nur noch ökologisch und sozial verträglich angelegt und aus Kapitalanlagen in Verbindung mit fossilen Produkten abgezogen (Divestment).

Nur durch solche radikalen Maßnahmen ist es möglich das Pariser Klimaabkommen und das 1,5-Grad-Ziel noch einzuhalten und nur auf diese Weise erfüllt die Politik die Versprechen, zu denen sie durch den Artikel 20a des Grundgesetzes und durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verpflichtet ist.

Diese Maßnahmen dienen zur Prävention und werden langfristige Kosten deutlich eindämmen. Nur durch solche radikalen Maßnahmen wird uns Jugendlichen und Kindern und allen zukünftigen Generationen eine Zukunft in einer lebenswerten Welt ermöglicht.
Für eine Klimapolitik, die uns allen eine Zukunft ermöglicht!